

Übersichten

Januar 2004

Außenpolitik

1 Vier-Länder-Tournee Hu Jintaos zum Jahresbeginn 2004

Ende Januar brach Staats- und Parteichef Hu Jintao zu seiner ersten großen Auslandsreise im neuen Jahr auf. Zeitgleich mit dem Beginn des Chinajahrs hielt er sich vom 26. bis 29.1. in Frankreich auf, um anschließend nach Ägypten (29.1. bis 1.2.), Gabun (1. bis 3.2.) und Algerien (3. bis 4.2.) zu reisen. Mit dieser Reise unterstrich die chinesische Führung erneut, dass sie zunehmend gewillt ist, ihr Gewicht in den internationalen Beziehungen stärker und aktiver zur Geltung zu bringen. Erst im Dezember war Ministerpräsident Wen Jiabao in die USA und nach Addis Abeba gereist.

Zwei Aspekte prägen dabei die jüngsten außenpolitischen Aktivitäten (vgl. auch Medeiros/Fravel: „China's New Diplomacy“, in: *Foreign Affairs*, Nov./Dec. 2003, S.22-35). Zum einen hat die VR China durch das rasche wirtschaftliche Wachstum der letzten Jahre hinreichend Selbstbewusstsein entwickelt, nicht länger nur passiver Beobachter der internationalen Ent-

wicklung zu sein, sondern in Kreisen der Großmächte ihre eigenen Interessen und Standpunkte zu vertreten. Damit verbunden ist auch, wie der internationale Anti-Terror-Kampf oder die Vermittlung im Nordkorea-Konflikt zeigen, die Bereitschaft Verantwortung zu übernehmen und auf Gebieten aktiv zu werden, die über die unmittelbaren eigenen Interessen hinausgehen. So knüpfen zwar die Afrikareisen an den jahrzehntelangen besonderen Beziehungen Chinas zu diesem Kontinent an und auch in den USA stellte Wen China als größtes Entwicklungsland vor, aber die Volksrepublik „versteckt“ sich nicht mehr hinter dem Label eines Vertreters der Dritten Welt.

Zum anderen stellt sich die neue Führung weit entspannter als zuvor der internationalen Öffentlichkeit und nutzt dies auch, um Unterstützung für ihre politischen Positionen zu finden. Deutlich wurde dies z.B. während der APEC-Tagung Ende Oktober 2003 in Bangkok, als Hu Jintao den Weltmedien unverkrampft eine Pressekonferenz gab, aber auch bei den Auslandsreisen von Wen im Dezember und von Hu. Verbunden mit der großen Attraktivität des chinesischen Marktes dürfte nicht zuletzt die neue außenpolitische Haltung dazu beitragen, dass die VR China gerade in den letzten Wochen viel Unterstützung für ihre Position gegenüber den Referendumsplänen des taiwanischen Präsidenten erhalten hat. Entsprechende Aussagen des französischen Präsidenten erregten denn auch viel Aufsehen (siehe nächste Übersicht sowie die Übersicht in der Rubrik „Taiwan“).

Paradigmatisch für die neue Außenpolitik dürfte das Werben um die afrikanischen Länder sein. Das Bündnis mit ihnen stammt noch aus der Zeit Mao Zedongs und war lange Zeit – als Solidarität der Entwicklungsländer – vor allem ideologisch begründet. Hieran versuchte z.B. Zimbabwes Präsident Mugabe anzuknüpfen, als er in Addis Abeba die afrikanischen Staaten aufforderte, sich vom „imperialistischen“ Westen ab- und China zuzuwenden (vgl. Übersicht in C.a., 2003/12, Ü 3). China ist dort den von Armut geplagten Ländern durch einen Schuldenerlass entgegengekommen und will seine Märkte für deren Produkte weiter öffnen, befürwortet ansonsten aber eine

„pragmatische Kooperation“. Auch bei den Besuchen Hus in Gabun, Algerien und Ägypten standen dementsprechend zunächst wirtschaftliche Gespräche und Abkommen im Mittelpunkt. Ein weiterer Grund für das Werben ist, dass sich gerade unter den subsaharischen Ländern Afrikas noch sieben Staaten befinden, die diplomatische Beziehungen zu Taiwan aufrechterhalten. Beijing und Taipei bezichtigen sich hier gegenseitig der „Scheckbuch-Diplomatie“ – und so wird die Entsendung von 500 chinesischen Soldaten (im Rahmen der UN-Friedensmission) nach Liberia in diesem Jahr von Taipei auch als „Belohnung“ für dessen Abbruch der Beziehungen zu Taiwan gesehen. Zu Chinas Versuchen, in Afrika Unterstützung für seine Taiwan-Politik zu erhalten, gehörte auch die Reise von Außenminister Li Zhaoxing Anfang Januar in den Sudan, nach Djibuti, auf die Komoren und nach Uganda. (XNA, 19.1.04; SCMP, 20.1.04; FT, 16.12.03; FAZ, 23.1.04) -gs-

2 Paris rollt roten Teppich für Präsident Hu aus

Zwei Tage vor der Ankunft von Staatspräsident Hu Jintao in Paris wurde dort das Chinajahr mit einer großen Neujahrsparade auf den Champs-Élysées – mit über 7.000 Beteiligten und dem angeblich längsten chinesischen Drachen der Welt – eröffnet und der Eiffelturm erstrahlte in rotem Licht. Diese Superlative symbolisierten durchaus die Bedeutung, die Frankreich dem dreitägigen Besuch zum Maß, der zum 40. Jahrestag der bilateralen Beziehung stattfand. Seit Jiang Zemin im Jahre 1997 hatte kein chinesischer Präsident mehr das Land besucht. Und Hu kam sogar die seltene Ehre zu, vor der französischen Nationalversammlung zu sprechen (Text in XNA, 28.1.04, nach BBC EF, 29.1.04), was selbstverständlich Proteste von Menschenrechtsgruppen hervorrief. Aber auch Oppositionspolitiker boykottierten den Auftritt Hus, da das Rednerpult bisher nur überzeugten Demokraten zur Verfügung gestellt worden sei. Diese Proteste hatten allerdings keine Wirkung auf Staatspräsident Chirac.

Chirac strebt seit seinem Amtsantritt 1995 eine „strategische Partnerschaft“ mit der VR China an und unterzeichnete 1997 eine erste entsprechende Entschließung gemeinsam mit dem damaligen Präsidenten Jiang. Auch diesmal war er bemüht, die Beziehungen zu China vor allem auch wirtschaftlich weiter zu stärken. Frankreich nimmt nur den vierten Rang unter den europäischen Handelspartnern Chinas ein. Das deutsche Handelsvolumen beläuft sich auf das Dreifache des französischen. Bei den Direktinvestitionen in China rangiert Frankreich auf Platz 3 der europäischen Staaten. Eine gemeinsame Erklärung bestätigte den guten Stand der bilateralen Beziehungen und unterstrich die strategische Partnerschaft (Text in XNA, 27.1.04, nach BBC EF, 29.1.04).

Für Hu standen die wirtschaftlichen Beziehungen in engem Zusammenhang mit wichtigen außenpolitischen Fragen. Auf seiner Agenda standen u.a. der Wiederaufbau im Irak, dessen Intervention durch die USA sowohl Frankreich als auch China abgelehnt hatten, das Waffenembargo der EU (siehe nächste Übersicht) und die Taiwan-Frage. In den letzten beiden Punkten kam der französische Präsident seinem Gast weit entgegen, was allerdings nicht allein ökonomische Gründe hatte. Chirac selbst hat im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg Ansichten von einer „multipolaren“ Welt vertreten und bemühte sich nun, diese Konvergenz mit Beijing herauszukehren. In der Taiwan-Frage stellte er sich auf die Seite der USA, Russlands und Japans, ging aber während des Banketts für Hu noch einen Schritt weiter und verurteilte die Pläne von Präsident Chen Shuibian als „ernsten Fehler“. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Hu erklärte er:

„I emphasized that the French government and people oppose any measure aimed at changing the Status quo and exacerbating tension in the Taiwan Strait, including the holding of 'referendum'. (...) All moves that can be interpreted as hostile by the other party are dangerous and irresponsible. It is precisely for this reason that France is opposed to all such moves, including 'referendum' (...) It is also dangerous to stability in the region ...“

(Text in DGB, 28.1.04, nach BBC PF, 29.1.04)

Demgegenüber konnten die Aussagen von Hu durchaus als diplomatischer bezeichnet werden. Hu wiederholte Beijings Einstellung, dass das Referendum ein provokativer Akt sei und betonte: „We are formally opposed to the independence of Taiwan and any move which leads in that direction – such as the referendum“ (FT, 28.1.04). Und natürlich bedankte er sich für die Unterstützung Frankreichs und gab anbei bekannt, dass China Southern Airlines vor kurzem 21 Airbusse bestellt habe.

Während die chinesischen Staatsmedien den Besuch in Paris an prominenter Stelle behandelten und ihm enthusiastische Berichte auf den Frontseiten widmeten, warf Taiwans Präsident Chen Chirac Einmischung in die inneren Angelegenheiten vor und ließ zwei Besuche auf Regierungsebene absagen. Kritische Pressestimmen warnen denn auch davor, die Bemühungen der Volksrepublik, eine internationale Koalition zur Verurteilung Taiwans zusammenzubringen, könnten zu einem Teufelskreis führen, der letztlich eine ernsthafte Krise in der Taiwan-Straße unvermeidbar mache. (ST, 25., 30.1.04; FT, 27.1.04; FAZ, 27.1.04; NZZ, 27., 28.1.04; IHT, 30.1.04; XNA, 27., 28.1.04) -gs-

3 Frankreich drängt auf Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen China

Bereits im Dezember 2003 hat Frankreich auf einem EU-Gipfel die Führer der übrigen EU-Staaten aufgerufen, die Aufhebung des Waffenembargos gegen die VR China zu überdenken, das 1989 nach der Niederschlagung der Demokratiebewegung verhängt worden war. Präsident Chirac schloss sich damit vorhergehenden Äußerungen von Bundeskanzler Schröder an, die dieser während einer China-reise getan hatte, und gewann unmittelbar die Unterstützung der Ministerpräsidenten Hollands und Schwedens. Alle, auch Schröder, stimmten überein, dass die EU-Außenminister die Embargofrage neu prüfen sollten. Andere Staaten, darunter Irland, das am 1. Januar die EU-Präsidentschaft übernahm, sind allerdings eher zurückhaltend und fordern mehr Zuge-

ständnisse Chinas in Menschenrechtsfragen. Noch deutlicher wurde das europäische Parlament, das die Aufhebung des Embargos ablehnte (FT 13./14., 18.12.03).

Das Aufkommen der Embargodiskussion steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem wachsenden Wettbewerb der EU-Staaten um die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit China, das der drittgrößte Handelspartner der EU ist. Abgesehen davon steht Russland derzeit aufgrund des Embargos als Waffenlieferant ohne Konkurrent dar. Die Parlamentsentscheidung dürfte denn auch nicht das letzte Wort gewesen sein. Am 26. Januar befassten sich die Außenminister mit der Frage, wollten aber trotz Drängens aus Beijing nicht offiziell Stellung beziehen. Eine Entscheidung wird nicht vor März erwartet (HB, 27.1.04; NZZ, 27.1.04).

Frankreichs Außenminister de Villepin wiederholte im Ministerrat die französische Haltung. Und auch Präsident Chirac nutzte den Besuch des chinesischen Präsidenten Hu in Paris, um zu erklären, das Embargo habe „heute überhaupt keinen Sinn mehr“; er hoffe, es werde „in den nächsten Monaten“ aufgehoben (HB, 28.1.04). Sicherlich dadurch bestätigt, erklärte die Sprecherin des chinesischen Außenministeriums zum Ende des Hu-Besuchs, man hoffe, das Embargo werde bald aufgehoben, da es ein Relikt des Kalten Krieges sei. Außerdem stehe es nicht in Übereinstimmung mit dem Stand der chinesisch-europäischen Kooperation. Die entsprechenden Initiativen Frankreichs und Deutschlands schätze man sehr (WSJ, 29.1.04). -gs-

4 SCO bekommt feste Strukturen

Mit der offiziellen Eröffnung eines Hauptquartiers in Beijing am 15. Januar und der Einrichtung eines ständigen Sekretariats hat die Shanghai Cooperation Organization (SCO) einen weiteren Schritt zu ihrer organisatorischen Festigung getan (vgl. C.a., 2003/4, Ü 8). Die SCO war im Juni 2001 offiziell gegründet worden und besteht neben der VR China aus den Staaten Russland, Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan und Tadschikistan.

Erster Generalsekretär des Sekretariats wurde für drei Jahre der Chinese Zhang Deguang, danach wird der Posten im Turnus des russischen Alphabets von den Mitgliedsstaaten besetzt. Zu seinen Stellvertretern wurden Diplomaten aus Kasachstan, Kirgistan und Russland benannt. Die permanenten Mitarbeiter des Sekretariats sollen nach einem Schlüssel bestimmt werden, der sich aus den finanziellen Zuwendungen ergibt. Russland und China wollen jeweils für 24% des Budgets aufkommen, Kasachstan für 21%, Usbekistan für 15%, Kirgistan für 10% und Tadschikistan für 6%. Insgesamt soll das jährliche Budget der SCO 3,5 Mio. US\$ betragen, von denen das Sekretariat 2,16 Mio. erhält. Unabhängig von den unterschiedlichen finanziellen Zuwendungen werden die Mitgliedsstaaten der SCO gleiches Stimmrecht erhalten, ein Vetorecht einzelner Staaten gibt es nicht. Aufgabe des Sekretariats wird es sein, die Aktivitäten der SCO organisatorisch und technisch zu gewährleisten, Dokumente zu erarbeiten und umzusetzen sowie das Budget zu verwalten.

Parallel zum Sekretariat begann in Tashkent (Usbekistan) ein weiteres SCO-Organ mit der Arbeit. Das Regionale Anti-Terror-Zentrum der SCO, dem die übrigen Mittel des o.g. Budgets zufließen, soll die Aktivitäten der Organisation im Kampf gegen Terror, Separatismus und Extremismus koordinieren. Das Zentrum besteht aus einem Rat, dem die Leiter der Anti-Terrorismus-Abteilungen der Mitgliedsstaaten angehören, sowie einem Exekutivkomitee, zu dessen Direktor der Usbeke V. T. Casymov ernannt wurde.

Anlässlich der Sekretariatseröffnung kamen in Beijing die Außenminister der Teilnehmerstaaten zu einem außerordentlichen Treffen zusammen und besprachen die Kernbereiche der Zusammenarbeit, an erster Stelle der Kampf gegen den Terror, sodann die Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Hier seien konkrete Fördermaßnahmen eine dringende Aufgabe, wurde im Kommuniqué festgehalten. Als hauptsächliche Finanzierungsquelle des Terrorismus wurde auch der Drogenhandel diskutiert und ein entsprechender Entwurf zum Verbot des illegalen Handels mit Narko-

tika fertig gestellt. Am gleichen Tage tagte auch die Sino-russische Arbeitsgruppe gegen den Terror in Moskau, bei der beide Seiten sich gegenseitiger Unterstützung versicherten: China wolle Russland in Tschetschenien unterstützen, Russland dafür China in Ostturkestan (Xinjiang).

Der mongolische Außenminister nahm sowohl an der Eröffnung des Sekretariats als auch an dem Außenministertreffen teil, um sein Interesse an einer Zusammenarbeit mit der SCO zum Ausdruck zu bringen. Eine Erweiterung der SCO wurde von deren Mitgliedern allerdings abgelehnt, vorher sollten die rechtlichen und organisatorischen Grundlagen dafür vervollständigt werden. Dennoch gebe es ausreichend Raum für eine Zusammenarbeit mit der Mongolei zum beiderseitigen Nutzen. Darüber hinaus bestätigten die Außenminister ihr Bestreben zum intensiveren Austausch und Dialog der SCO mit anderen internationalen Organisationen.

Bei einem Gespräch der Außenminister Russlands und Chinas am Tage vor der Sekretariatseröffnung über die Verbesserung der bilateralen Beziehungen hatten beide auch den für Herbst 2004 vorgesehenen Besuch von Präsident Putin in China vorbereitet. Der gegenwärtige Stand der Beziehungen zwischen beiden Staaten, betonte Außenminister Ivanov, könne ohne Übertreibung als der beste in der gesamten Geschichte bezeichnet werden. Die strategische Partnerschaft zwischen Russland und China sei einer der wichtigsten Faktoren nicht nur für die regionale, sondern auch für die globale Sicherheit und Stabilität. Die Beziehungen zu China, das machte wenige Tage darauf auch Putin selbst klar, sind oberste Priorität der russischen Außenpolitik. (XNA, 9., 14., 15.1.04; RIA news agency, Moscow, 15.1.04, nach BBC EF, 16.1.04; ITAR-TASS news agency, 14., 15.1.04, nach BBC PF, 16.1.04; WSJ, 22.1.04) -gs-

5 Irritationen in den „guten japanisch-chinesischen Beziehungen“

Obwohl Japan wie China sich im Januar bei verschiedenen Gelegenheiten immer wieder gegenseitig versicherten, die Beziehungen seien gut, gibt

es doch mehrere sensitive Punkte, die immer wieder zu Verstimmungen und Irritationen führen. Seit langem gehören dazu der Umgang mit der Vergangenheit sowie territorialer Zwist. Verschärft haben sich Bedrohungsgefühle in China, seitdem Japan sich entschlossen hat, eine aktivere sicherheitspolitische Rolle an der Seite der USA zu spielen.

Im Hinblick auf die bilateralen Beziehungen begann das Jahr denkbar ungünstig mit einem überraschenden Besuch am Neujahrstag von Ministerpräsident Jun'ichiro Koizumi am Yasukuni-Schrein, der sofort starke Proteste in China und Südkorea hervorrief. Die Pilgerstätte wird in beiden Ländern als Symbol für Japans militaristische Vergangenheit betrachtet. Obwohl Koizumi betonte, die Beziehungen zu China seien extrem wichtig und er habe mit seinem Besuch deutlich machen wollen, dass Japan nie wieder einen Krieg führen wolle, bestellte der chinesische stellvertretende Außenminister Wang Yi den japanischen Gesandten sofort ein und brachte seinen „starken Ärger“ und seine „starke Verurteilung“ des Besuches zum Ausdruck. Im Schrein wird rund 2,5 Millionen japanischer Kriegtoter gedacht, die seit 1853 gefallen sind. Erinnert wird darunter auch einiger nach dem Zweiten Weltkrieg abgeurteilter Kriegsverbrecher – darunter der Kriegspremier Hideki Tojo –, also „Kriegsverbrechern erster Klasse, deren beide Hände voll mit dem Blut der Völker Chinas und Asiens sind“, wie Wang Yi betonte. Solche Besuche, die einen „Vertrauensbruch“ darstellten, werde das chinesische Volk niemals tolerieren.

Am 14. Januar hinderte die japanische Küstenwache (berichtet wird von bis zu zehn Schiffen und drei Flugzeugen) zwei chinesische Fischerboote daran, „Aktivisten“ auf den unbewohnten Senkaku-(chin.: Diaoyu-)Inseln auszusetzen und dort ein Monument mit der Inschrift „chinesisches Territorium Diaoyu-Inseln“ zu errichten. Die Inseln, die seit 1895 zu Japan gehören, werden auch von der VR China und Taiwan beansprucht. Nachdem die USA sie im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg verwaltet hatten, waren sie 1972 wieder unter die Kontrolle Japans gestellt worden. Die zwanzig Aktivisten waren etwa 10 Seemeilen vor

den Inseln mit Hilfe von Hochdruck-Wasserkanonen gestoppt worden (was die japanische Küstenwache bestritt) und hatten daraufhin ihr Monument im Meer versenkt.

Zu einem weiteren Dauerkonflikt dürfte die Akzentverschiebung in der japanischen Außen- und Sicherheitspolitik führen, sich nicht nur an friedenserhaltenden Aktionen in Asien (Ost-Timor, Kambodscha) zu beteiligen, sondern auch Truppen in Krisengebiete wie den Irak zu entsenden. Diese Entwicklung bestärkt ohnehin vorhandene Bedrohungsängste in China. Anfang Januar traf im Irak ein dreißigköpfiges Vorausteam der Selbstverteidigungsstreitkräfte (SDF) ein (bis März sollen 1.000 Soldaten dort sein), was von der amtlichen Tageszeitung der KP Chinas unmittelbar und heftig kritisiert wurde (RMRB online, 1.1.04). Dieser Schritt, der im Übrigen auch von der japanischen Bevölkerung abgelehnt werde, zeige den Wunsch Japans, eine politische und militärische Macht zu werden und markiere den Beginn einer Veränderung in der Verteidigungsstrategie. Er sei auch keineswegs ein isoliertes Ereignis, denn schon den Krieg in Afghanistan habe Japan als Chance wahrgenommen, einen Durchbruch bei der Entsendung von SDF nach Übersee zu erzielen. Nehme man die für 2004 beabsichtigte Revision des Verteidigungskonzepts („Basic Defence Forces Concept“) und die mit der Nordkorea-Krise begründete geplante Stationierung eines Raketenabwehrsystems hinzu, dann sei unschwer zu erkennen, dass Japan dabei sei, seine SDF zu einer konventionellen Armee umzugestalten, die auch in der Lage sei anzugreifen. Dies aber sei ein schwerer Angriff auf die japanische Friedensverfassung.

Ungeachtet der scharfen Worte waren chinesische und japanische Diplomaten bei den verschiedenen Treffen im Januar bemüht, die Irritationen herunterzuspielen – zumal beide Seiten sich gerade im Jahr 2003 bemüht hatten, die Beziehungen zu verbessern. Noch im September hatte der Vorsitzende des Nationalen Volkskongresses Wu Bangguo Japan besucht, um den 25sten Jahrestag der Unterzeichnung des Friedens- und Freundschaftsvertrages zu feiern, und China hatte die Visapflicht für Kurzaufenthalte japanischer Touristen abgeschafft. Ja-

pan wiederum als größter Außenhandelspartner hatte China die höchsten Hilfszahlungen im Kampf gegen SARS zukommen lassen. (NZZ, 2./3.1.04; Kyodo News Service, 1., 10.1.04, nach BBC PF, 1., 10.1.04; SCMP, 12.1.04; WSJ, 13., 20.1.04; XNA, 15.1.04; ST, 17.1.04) -gs-

6 ASEAN+3 wollen „nichttraditionelle Sicherheitsprobleme“ bekämpfen

Bei einem eintägigen Ministertreffen der ASEAN+3 in Bangkok zum Thema Kampf gegen transnationale Kriminalität hat die VR China ihren Willen deutlich gemacht, eine aktivere Rolle in den internationalen Beziehungen zu spielen. Mit der ASEAN unterzeichnete sie ein Memorandum of Understanding über die Zusammenarbeit in diesem Bereich und auch mit den beiden anderen ostasiatischen Staaten Japan und Südkorea kam sie überein, im Kampf gegen Terrorismus und Kriminalität enger zusammenzuarbeiten. Nichttraditionelle Kriminalität schließt Terrorismus, Geldwäsche, Internetkriminalität und internationale Wirtschaftsverbrechen ein, aber auch Drogenhandel, Menschenhandel, Piraterie und Waffenschmuggel. Die Zusammenarbeit soll sich auf den Austausch von Informationen und Personal sowie auf gemeinsame Aktionen erstrecken.

Für die ASEAN hat die Teilnahme der drei Staaten unmittelbare Bedeutung, wie der thailändische Justizminister Phongthep Thepkanjana betonte; denn nur so seien transnational agierende Kriminelle umfassend und ganzheitlich zu bekämpfen, was wiederum der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung diene. China sieht in den Absprachen einen Schritt hin zu einem kommenden Sicherheitsmechanismus der ASEAN+3 (XNA, 10.1.04; Yonhap news agency, 10.1.04, nach BBC PF, 11.4.04).

Diesen Gedanken des Sicherheitsmechanismus behandelte ein Artikel in der größten englischsprachigen Tageszeitung in China, *China Daily* (nach XNA, 8.1.04), in dem auch ein Vergleich zu Europa gezogen wurde. In Ostasien gebe es nach dem Kalten Krieg zwei Arten von Sicherheitsproblemen, traditionelle und nichttraditio-

nelle. Zu den traditionellen gehörten die Territorialkonflikte und die Krise auf der koreanischen Halbinsel, zu den nichttraditionellen seien der Terrorismus, der Separatismus, die rassistischen Konfrontationen, die grenzüberschreitende Kriminalität und die Umweltverschmutzung zu zählen. Die traditionellen Probleme seien der Hauptgrund für Militärbündnisse, die nichttraditionellen eine treibende Kraft für Zusammenarbeit. In Europa nun seien Mechanismen und Organisationen wie die NATO entstanden, um die Sicherheit zu erhalten, in Ostasien gebe es kein solches System. Die Allianz zwischen den USA und Japan spiele zum Teil sogar eher eine destabilisierende Rolle. Die USA, die die Sicherheitslage innerhalb und außerhalb Ostasiens maßgeblich beeinflussten, verfolgten das Ziel einer unipolaren Hegemonie, während China, Russland und sogar Japan Multipolarität befürworteten. Von den drei grundlegenden Formen eines Sicherheitsmechanismus (Hegemonie, *balance of power*, Kooperation) sei derzeit in Ostasien die *balance of power* für den Erhalt der Sicherheit entscheidend, auf lange Sicht aber müsse dies ein System kooperativer Sicherheit werden. -gs-

Innenpolitik

7 Legitimationsoffensive der parteistaatlichen Führung

Seit ihrem Antritt im Herbst 2002 ist die neue parteistaatliche Führung bestrebt, ihre Herrschaft durch die Betonung besonderer Volksnähe zu legitimieren. Das diesjährige Neujahrsfest, das in der vierten Januarwoche gefeiert wurde, bot den Mitgliedern der Führungsspitze Gelegenheit, diese Volksnähe durch medienwirksame symbolische Gesten zu unterstreichen. So zeigten sich KPCh-Generalsekretär und Staatspräsident Hu Jintao, Ministerpräsident Wen Jiabao und andere Mitglieder der Führungsriege im Januar wiederholt an der gesellschaftlichen Basis in persönlichem, emotional vermitteltem Einsatz für die Belange der einfachen Bevölkerung. Wie die staatlichen Medien erläuterten, hatten